Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 5

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wirtschaftspolitik im Sog der Institutionen

Es wird oft übersehen, dass in der Wirtschaftspolitik die Verhaltensweisen von Institutionen keine geringe Rolle spielen. Die Wirtschaftswissenschaften gehen in eher grosszügiger Weise über diesen Aspekt hinweg. Theoretiker haben eine nur geringe Neigung, sich in ihrem Höhenflug von so niedern Dingen wie institutionellen Eigengesetzlichkeiten bremsen zu lassen. Trotzdem bleibt es ein Faktum, dass die Struktur von Institutionen und ihre Einbettung in die wirtschaftspolitische Kompetenzordnung, so wie sie in der Wirtschaftsverfassung angelegt ist, auf die Qualität der wirtschaftspolitischen Entscheide keinen geringen Einfluss haben kann. Es lassen sich verschiedene neuralgische Punkte diagnostizieren, etwa in der gegenseitigen Abstimmung des Verhaltens, das über die wirtschaftspolitische Konsistenz entscheidet, oder in der Bestückung staatlicher Entscheidungsträger mit intellektuellen Kapazitäten, die darüber bestimmen, ob sie der ihnen zugedachten Aufgabe überhaupt gewachsen sind.

In der Schweiz tritt diese Problematik offenbar vorwiegend beim *Bund* auf. Weil die Wirtschaftspolitik aus naheliegenden Gründen vorwiegend Bundessache ist, der Bund jedoch nur über Institutionen handeln kann, kommt diesem Gesichtspunkt der Wirtschaftspolitik um so grössere Bedeutung zu, je umfangreicher und vielgliedriger die Bundesverwaltung wird und je ausgedehnter der wirtschaftspolitische Zielkatalog. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass die Zusammenarbeit zwischen Bundesstellen in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten von «gemeinsamen Interesse», bei der Bearbeitung von Fragen also, die einen verschiedene Institutionen übergreifenden Charakter haben, *nicht immer über alle Zweifel erhaben* ist. Persönliche Querelen, das Beharren auf «wohlerworbenen Rechten», der Rückzug in das selbstgewählte Ghetto oder eine eher eigenwillige Interpretation der einem Amt zugeordneten Aufgabe schlägt sich schliesslich in Doppelspurigkeiten, Reibungsverlusten und, dies vor allem, in einer Wirtschaftspolitik nieder, die einen punktuellen, einen departementalen Charakter hat, weil die Folgen einer Massnahme auf andere, von andern Ämtern betreute Gebiete, nicht überprüft werden.

Völlig verwirrend wird die Geschichte, wenn noch die *«Milizverwaltung des Bundes»,* die ausserparlamentarischen Kommissionen ins Bild gesetzt werden. *Raimund E. Germann* hat diesen Aspekt in einer lesenswerten Studie (Verlag Haupt, Bern 1981) eingefangen, die nach ihrem Erscheinen erstaunlicherweise eine nur geringe Aufmerksamkeit gefunden hat. Auf eine Anfrage von Ständerat Andermatt an die Bundeskanzlei über Umfang und Aufwand der im Dienste des Bundes stehenden Kom-

missionen war diese nicht in der Lage, eine klare Auskunft zu geben; sie musste erst eine «Kommission der Kommissionen» einsetzen. Schliesslich wurde für 1977 festgestellt, dass der Bund insgesamt 344 ausserparlamentarische Kommissionen unterhält, in denen 5482 Experten tätig waren. Die Situation dürfte sich seither kaum verbessert haben. Die Lektüre der Studie von Germann wirkt jedenfalls ernüchternd.

Wie auch immer. Institutionen haben ihre Tücken. Und es wäre sicherlich kein Luxus, den Versuch zu wagen, sie im Blick auf die Synchronisierbarkeit ihrer Tätigkeiten und wohl auch auf ihre Rechtfertigung wie auf ihre Effizienz zu überprüfen.

Willy Linder

Scharf beobachteter Andropow

Wer in Präsident Ronald Reagan nur den «Cowboy» und den zweitrangigen Filmschauspieler sieht, vergisst mindestens zwei Aspekte dieser Biographie: die Jahre des Gewerkschaftsorganisatoren – dass Reagans eigene Erinnerungen an diese Jahre betitelt *«Where is the rest of me»* nicht übersetzt wurden, beweist das Übergewicht liebgewordener Vorurteile über die Neugier! – und die acht Jahre des Gouverneurs von Kalifornien, dem grössten und in manchen Hinsichten modernsten Staat der USA.

Genau umgekehrt mag es ein Irrtum sein, in Iuri Andropow nur den einstigen Chef des KGB zu sehen, als beweise der Aufstieg des neuen Generalsekretärs die Hegemonie der Repressionsorgane über die anderen Komponenten der Partei, inklusive die Militärs.

Wer die vier höchst kompetenten Studien über Andropows Weg zur Macht in *«Problems of Communism»* (Januar/Februar 1983) liest, gewinnt viele bemerkenswerte Informationen und Einsichten – insbesondere scheint gesichert, dass Andropow nicht den von Breschnjew selber gewünschte Nachfolger ist und dass die Rivalität zwischen Andropow und Tschernenko, der Breschnjew näher stand, sich schon in Breschnjews letzten Jahren deutlich gezeigt hat.

Warum aber bisher die Besetzung der Präsidentschaft ausgeblieben ist, wird nicht restlos klar, und die verschiedenen Versuche, aus Andropows Vergangenheit als Botschafter in Ungarn und als Verantwortlicher für die Beziehung zu regierenden Kommunistischen Parteien des Auslands Schlüsse zu ziehen, führen nicht weit. Hat Andropow Janos Kadars relativ milde Führung unterstützt und geschätzt? Ist der Generalsekretär selber eher ein «Reformer»? Setzt er auf eine mit grösserer Strenge durchzusetzende Disziplin oder auf materielle «incentives», die zu mehr persönlichem Interesse der Direktoren, Kader, Arbeiter an der Effizienz der Wirtschaft führen?

Ein weiteres Problem: ist Andropow, der sein Amt sehr viel später antritt als seine Vorgänger – auch wenn er mit 68 zu den «Junioren» der führenden Gruppe gehörte – ein Mann in Eile, der weiss, dass er nur wenige

Jahre hat, um historische Entscheidungen zu treffen und auf den kommenden Generationswechsel vorzubereiten? Oder wird er wie Malenkow später als blosses Intermezzo, als Übergangsfigur erscheinen?

Je mehr man sich in die Analysen versenkt, die die Tendenz und den Stellenwert der einzelnen Spitzen der Nomenklatura ergründen, desto mehr stösst man auf zwei Rätsel. Erstens: die Undurchsichtigkeit eines Systems, im Vergleich zu dem die Demokratien Glashäuser sind, und zweitens die «Systemzwänge», die die persönlichen Unterschiede relativieren

Carter oder Reagan, Giscard oder Mitterrand? Das bewirkt jeweils gewaltige Änderungen. Hingegen war bei allen Gegensätzen zwischen dem stürmischen Chruschtschow und dem vorsichtigen Breschnjew doch eines gemeinsam: dass die Bindung von Satelliten an den führenden Staat wie an dessen System niemals preisgegeben und hier auch das Risiko militärischer Operationen nicht gescheut wird.

In *«Commentary»* (Februar 1983) veröffentlicht der Historiker Walter Laqueur eine beachtenswert nüchterne Studie unter dem Titel «Was wir über die Sowjetunion wissen». Hier werden die amerikanischen Versuche, eigene politische Erfahrungen auf die andere Supermacht zu extrapolieren, zurückgewiesen. Eine Eigenart des totalitären Systems ist, so macht Laqueur geltend, dass es effizienter ist als altmodische autoritäre Regimes und deshalb unter Umständen mit weniger direkter Gewalt auskommt. Die Streitkräfte bleiben – entgegen der bekannten «stratokratischen» Theorie von Castoriades – noch unter Parteikontrolle. Ebenso wenig hat die Polizei jemals eine Führungsrolle gespielt – auch wenn die Sowjetunion ein Polizeistaat ist.

Der Zustand einer «gefrorenen Revolution» ohne Weiterentwicklung, aber auch ohne Thermidor, «macht Voraussagen riskant». Lust auf Abenteuer und ungebremster Expansions- und Weltherrschaftsdrang sei nicht die entscheidende Gefahr. «Nicht weil die Russen so stark sind, sondern weil ein entzweiter und verwirrter Westen so schwach ist, bleibt der sowjetische Druck stetig.» Mit anderen Worten: Kremlinologie ist kein Ersatz für Politik; auch als analytisches Hilfsmittel bleibt sie hypothetisch.

Warum in einer krisenreichen, nicht nur von der Ost-West-, sondern auch von einer Nord-Süd-Spannung und einer Fülle relativ unabhängiger Konflikte bestimmten Welt Moskau in den Blickpunkt nehmen?

Die militärische Macht des riesigen Staates, der in manchen Hinsichten ein Entwicklungs-, in anderen sogar ein Rückentwicklungsland ist, fordert zugleich dringliche und kontinuierliche Entscheidungen heraus, deren Tragweite insgesamt immer noch grösser ist als jede andere Herausforderung.

Das Hinweisen auf diesen Punkt gilt heute im Westen vielen als überholt, obsessionell, phantasielos. So viele andere Probleme scheinen uns eher begreifbar und beeinflussbar. Doch gehört auch politische Phantasie dazu, um zwischen den vielen interessanteren Themen und diesem eine Rangordnung zu setzen und um politischen Verlockungen und politologischen Moden zu widerstehen.

François Bondy